

# Der syrisch-libanesischer Krieg

Der folgende Beitrag knüpft an einen Artikel an, der im August und September 1976 vom Verfasser in der Herder-Korrespondenz veröffentlicht wurde. Eine erweiterte und mit Literaturangaben versehene Fassung erschien unter dem Titel „Die drei Gesichter des Libanonkriegs“ in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis Nr. 8, Subrkamp, Frankfurt 1978, S. 64–122.

Seit dreieinhalb Jahren wird im Libanon gekämpft, unterbrochen durch kurze Zeiten des Waffenstillstandes. In den ersten beiden Jahren handelte es sich vornehmlich um einen Krieg zwischen Libanesen und Palästinensern: Die christliche Volksgruppe im Libanon versuchte sich den palästinensischen Organisationen zu widersetzen, welche den Libanon zu einem Konfrontationsstaat im Kampf gegen Israel machen wollten. Hierbei fanden die Palästinenser Unterstützung seitens der libanesischen Linken, die mit Hilfe der palästinensischen bewaffneten Kräfte an die Macht zu gelangen hoffte. Die libanesischer Linke setzte sich sowohl aus Christen wie aus Muslimen zusammen; wegen ihrer zahlenmäßigen Schwäche versuchte die libanesischer Linke, die muslimischen Volksgruppen des Landes, die in ihrer überwältigenden Mehrheit keineswegs links einzuordnen sind, gegen die christliche Volksgruppe zu mobilisieren. Hierdurch erhielten die Kämpfe zeitweilig den Charakter eines Bürgerkrieges. Da die Mehrheit der libanesischen Muslime jedoch neutral blieb, standen sich in erster Linie palästinensische Organisationen und solche der libanesischen Linken einerseits, die von der Mehrheit der christlichen Volksgruppe unterstützten, den Gedanken der libanesischen Unabhängigkeit verpflichteten Milizen andererseits gegenüber.

Von Anfang an aber handelte es sich gleichzeitig um einen *Stellvertreterkrieg*: Unterschiedliche arabische Mächte suchten durch Unterstützung unterschiedlicher Konfliktparteien im Libanon ihren jeweiligen Auffassungen zum Palästina-Konflikt Vorschub zu leisten – wobei die Allianzen mehrfach wechselten.

Der Krieg begann nach dem von US-Außenminister Kissinger vermittelten Sinai-Abkommen zwischen Ägypten und Israel; er wurde angezettelt, um dieses Abkommen zum Scheitern zu bringen. Er ist im Oktober 1978 in eine neue – und gleichzeitig die bisher brutalste – Phase eingetreten. Diese neue Phase, nunmehr ein syrisch-libanesischer Krieg, begann nach dem von Präsident Carter vermittelten Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten und Israel – dieser syrisch-libanesischer Krieg wurde angezettelt, um einen ägyptisch-israelischen Separatfrieden zum Scheitern zu bringen.

## I. Syriens Ziele im Libanon

Die Ziele der palästinensischen Organisationen im Libanon lagen auf der Hand: nachdem sie 1970 aus Transjordanien vertrieben worden waren, bot sich ihnen der Libanon als einziges Land an, von dem aus sie ihren Kommandokrieg gegen Israel weiterführen konnten. Sie kämpften im Libanon, um völlig freie Hand im Grenzkrieg zu erhalten. Unterstützt wurden sie durch Algerien, Irak und Libyen, diejenigen arabischen Staaten also, welche jede „Politik der kleinen Schritte“ ablehnten und darüber hinaus jeden Kompromiß mit Israel.

Syriens Position war stets nuancierter. Syrien lehnte 1974 das Sinai-Abkommen ebenso ab wie 1978 das Abkommen von Camp David. Im Unterschied zu den palästinensischen Organisationen und den diese rückhaltlos unterstützenden arabischen Staaten hat Syrien einen Kompromißfrieden mit Israel nie völlig ausgeschlossen. Durch die beiden ägyptischen Alleingänge von 1974 und mehr noch von 1978 wurde jedoch seine mögliche Verhandlungsposition gegenüber Israel stark geschwächt. Zu militärischen Aktionen gegenüber Israel ist es kaum in der Lage, seit nach der israelischen Besetzung der Golanhöhen 1973 die syrische Hauptstadt in der Reichweite der israelischen Armee liegt. Syrien hat seither jede unmittelbare Konfrontation mit Israel sorgsam vermieden und jegliche militärische Aktivität der Palästinenser von syrischem Boden aus rigoros unterbunden.

*Palästinensische Aktionen gegen Israel* von libanesischem Territorium aus hingegen lagen durchaus im syrischen Interesse – sie ermöglichten Druck auf Israel, während der Libanon die Folgen zu tragen hatte. In allen Konflikten, die seit 1969 zwischen Palästinensern und Libanesen entstanden, konnten daher die Palästinenser zunächst auf syrische Unterstützung zählen. In den Jahren zwischen 1969 und 1975 übte Syrien mehrfach massiven Druck auf die libanesischer Regierung aus – bis hin zur Schließung der Grenze –, wenn diese die Handlungsfreiheit der Palästinenser zu begrenzen versuchte. Nach dem Abschluß des Sinai-Abkommens war Syrien in erhöhtem Maße am Zustandekommen militärischer Konfrontation mit Israel im Libanon gelegen. Während der ersten Monate des libanesisch-palästinensischen Krieges 1975 wurde daher den Palästinensern massive syrische Unterstützung zuteil. Mehrfach war es die von Syrern kontrollierte palästinensische Organisation as-Saiqa, welche die Kämpfe zwischen christlichen Milizen und Palästinensern wieder anheizte, wenn es zu einem Waffenstillstand gekommen war. Als gegen Ende 1975 die *libanesisch-christlichen Streit-*

kräfte erhebliche militärische Erfolge erzielten und sich ein Zusammenbruch der palästinensisch-linkslibanesischen Truppen abzeichnete, ging Syrien einen Schritt weiter: es sandte starke Einheiten der „palästinensischen Befreiungsarmee“, einer konventionellen Palästinensertruppe unter syrischem Befehl, in den Libanon und stoppte damit den Vormarsch der christlichen Truppen. Nunmehr schien Syrien in der Lage zu sein, eine Lösung der Libanonkrise im Sinne seiner Interessen durchzusetzen. Im Februar 1976 wurde das sog. Damaskus-Abkommen geschlossen: Es sah eine Revision der libanesischen Verfassung vor, welche das Gewicht der Muslime verstärken sollte, und gleichzeitig eine syrische Garantie für das Kairoer Abkommen von 1969, welches den Palästinensern eine begrenzte Aktionsfreiheit gegen Israel von libanesischem Territorium aus einräumte.

Mit dem *Damaskus-Abkommen* erlangte Syrien einmal eine Schiedsrichterrolle in der innerlibanesischen Politik, zum anderen eine Schiedsrichterrolle zwischen Libanesen und Palästinensern. Christliche wie muslimische Libanesen akzeptierten zunächst mehrheitlich diesen syrischen Machtzuwachs, erhofften sie doch von ihm eine Zählung der Palästinenser und ein Ende des Krieges. Spektakulärer Ausdruck dieser Hinnahme war die Wahl von *Elias Sarkis* zum libanesischen Staatspräsidenten: Er galt als Kandidat Syriens, während sein Gegenkandidat, der liberale libanesische Nationalist Raymond Eddé, damals bereits vor den Gefahren eines „syrischen Protektorats“ warnte.

Nicht akzeptiert wurde die *syrische Schiedsrichterrolle* hingegen von den Palästinensern und der libanesischen Linken, die das Ende ihrer militärischen und politischen Unabhängigkeit befürchteten. Als nach dem „Staatsstreich“ des General *Abdab* die libanesische Armee zerbrach, sahen sie eine Chance, doch noch einen totalen Sieg über die christlichen libanesischen Nationalisten zu erringen. Dank der Hilfe der arabischen Staaten, der „Verweigerungsfront“ wie auch der Sowjetunion erlangten sie eine Überlegenheit schwerer Waffen, mit deren Hilfe sie nunmehr die libanesisch-christlichen Truppen an den Rand des Zusammenbruchs brachten. Ein Sieg der verbündeten Palästinenser und libanesischen Linken lag wiederum nicht in syrischem Interesse. Ein radikaler Staat an seiner Ostgrenze, mit dem Irak – seit Jahren mit Syrien verfeindet –, mit Libyen und Algerien verbündet, hätte das syrische Regime bedrohen können, auf jeden Fall die Konfrontation mit Israel ohne Rücksicht auf syrische Interessen suchen können. Um dem vorzubeugen, griff Syrien im Juni 1976 nunmehr unmittelbar militärisch im Libanon ein. Die syrische Armee besetzte den Norden und Osten des Landes; sie schnürte den palästinensisch-linkslibanesischen Truppen in Westbeirut, Sidon und Tyr den Nachschub ab. Die härtesten Kämpfe – vor allem die gegen die Palästinenserfestungen Tall-al-Zaatar und Jisr al-Bascha in den Vorstädten Beiruts – überließen sie freilich den christlichen Milizen.

Ohne größere Verluste gelang es somit Syrien, die Palästinenser und Linkslibanesen unter Kontrolle zu bekommen.

Im Oktober 1976 wurde dieser Sieg auch diplomatisch abgesichert: Auf einer Konferenz in Riad wurden die syrischen Truppen als panarabische Friedenstruppen erkannt und durch symbolische Einheiten Saudi-Arabiens, des Sudan und der Vereinigten Arabischen Emirate ergänzt. Formell wurde diese Friedenstruppe dem Oberbefehl des libanesischen Präsidenten Sarkis unterstellt. Sie erhielt das Recht, die sonstigen bewaffneten Kräfte im Libanon zu entwaffnen.

Die christlichen Truppen lieferten in der Tat den Großteil ihrer schweren Waffen ab – Panzer und Artillerie. Syrische Truppen besetzten strategische Punkte im christlichen Ostbeirut. Palästinenser hingegen weigerten sich, ihre schweren Waffen auszuliefern. Dennoch griffen die syrischen Truppen nicht gegen die Palästinenser durch. Bald wurde deutlich, daß Syrien keineswegs beabsichtigte, die militärische Kraft der Palästinenser zu zerschlagen – es will sie lediglich kontrollieren.

Als *Ägypten* seine Politik der Verständigungsversuche mit Israel wiederaufnahm, vor allem nach dem spektakulären Besuch Sadats in Jerusalem, begann Syrien erneut, die Palästinenser als Verbündete zu betrachten – und umgekehrt.

Syrischer Nachschub wurde erneut den palästinensischen Truppen im Libanon südlich des Litani gewährt, einer Region, die von der panarabischen Friedenstruppe nicht besetzt worden war wegen der Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes mit Israel. Im Südlibanon hatte seit dem Einmarsch der syrischen Truppen im Rest des Landes der libanesisch-palästinensische Krieg eine Fortsetzung „en miniature“ gefunden. Ein Großteil der palästinensischen Truppen hatte sich vor dem syrischen Vormarsch in den Südlibanon gerettet, unter Mitnahme eines großen Teils ihrer schweren Waffen.

Im äußersten Süden des Landes liegen eine Anzahl maronitischer Dörfer, aus denen seit Jahrzehnten wegen der chronischen Armut der Region zahlreiche Soldaten der libanesischen Armee stammten. Während der libanesisch-palästinensischen Phase des Krieges waren die meisten der maronitischen Soldaten in ihre Heimat zurückgekehrt; unter Führung ihrer Offiziere hatten sie sich dort zu Selbstverteidigungseinheiten zusammengeschlossen, die sich als „Befreiungsarmee für den besetzten Südlibanon“ bezeichneten. Waffen und sonstige Ausrüstung erhielten sie von Israel, das in ihnen einen exzellenten Puffer gegen die Palästinenser sah. Während des gesamten Jahres 1977 kam es ständig zu Zusammenstößen zwischen Palästinensertruppen und dieser libanesischen Befreiungsarmee. In zunehmendem Maße lieferte Syrien den Palästinensern im Süden Nachschub, der ihnen nicht nur Attacken gegen die Befreiungsarmee, sondern auch Angriffe gegen den Norden Israels ermöglichte. Im März 1978 nahm Israel ein von palästinensischen Kommandotruppen in der Nähe von Tel Aviv begangenes Attentat zum Anlaß einer Offensive im Südlibanon, die zur israelischen Besetzung dieses Gebietes führte. In der Folge kam es zu einer *Intervention der Vereinten Nationen*: Die israeli-

schen Truppen mußten sich zurückziehen und wurden durch UNO-Einheiten ersetzt.

Die UNO-Truppen wiederum sollten durch libanesische Truppen abgelöst werden. Seit Ende 1976 hatte in der Tat der Neuaufbau der libanesischen Armee begonnen. Er erwies sich jedoch als außerordentlich schwierig. Syrien versuchte, eine neue Armee unter seinem Einfluß zu schaffen; zahlreiche libanesische Offiziere hingegen wollten dies verhindern. Als die erste neue Armeeinheit in den Südlibanon in Marsch gesetzt wurde, wollte Syrien erzwingen, daß zunächst von christlichen Milizen gehaltene Orte besetzt werden sollten. Da die Milizen jedoch sich zum Widerstand gegen eine „syrisch-libanesische“ Armee entschlossen zeigten, kam es zu Konflikten innerhalb der neuen libanesischen Truppen: Prosyrische und national-libanesische Offiziere konnten sich nicht einigen; der Vormarsch blieb stecken.

Im Februar 1978 kam es erstmals zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen syrischen Truppen und Einheiten der regulären libanesischen Armee in Beirut selbst, deren Beilegung durch die syrische und libanesische Regierung sehr mühselig verlief. In der Folge kam der Neuaufbau der libanesischen Armee zum Stillstand.

Damit entstand eine neue Lage: Syrische und palästinensische Interessen näherten sich erneut einander an, während die Spannung zwischen Syrien und dem christlichen Libanon zunahm. Präsident Sarkis geriet zunehmend in eine unhaltbare Lage zwischen syrischen und libanesischen Interessen.

Anfang 1978 begann sich ein *neuer libanesischer Konsens* abzuzeichnen. Sunnitische Muslime in Sidon forderten den Abzug der Palästinenser aus ihrer Stadt, führende Sprecher der Schiiten forderten die Entwaffnung der Palästinenser. Bei libanesischen Christen wie Muslimen zeigte sich Desillusionierung über die Syrer: alle Libanesen begannen einzusehen, daß Syrien weder die einen noch die anderen unterstützen wollte, sondern ausschließlich seine eigenen Interessen verfolgte. Im Laufe des Jahres 1978 stellten sich diese Interessen immer eindeutiger heraus: Syrien wünscht *Libanon als Konfrontationsland gegen Israel*, aber unter strikter syrischer Kontrolle – und ohne Rücksicht auf libanesische Verluste. Darüber hinaus aber will Syrien eine möglichst weitgehende Kontrolle über den Libanon selbst. Die Palästinenser sind seit Ende 1976 weitgehend ein Instrument syrischer Politik geworden – und seit Beginn der neuen israelisch-ägyptischen Verhandlungen sind palästinensisch-syrische Interessen zumindest vorübergehend sehr ähnlich geworden. Libanesische und syrische Interessen hingegen divergieren spätestens seit den Verhandlungen von Camp David weitgehend.

Syrien hat zur Zeit keinerlei Interesse an der Entwaffnung der Palästinenser, im Gegenteil: Von Syrien kontrollierte palästinensische Truppen können die Verhandlungsposition Syriens gegenüber Israel nur steigern. Eine unabhängige libanesische Regierung hingegen stellt für Syrien nur

einen Störfaktor dar – seit Monaten wird daher Präsident Sarkis und seine Regierung seitens Syriens mit Mißachtung behandelt. Wichtigstes Hindernis für Syriens gegenwärtiges Interesse ist aber das Weiterbestehen des christlichen Libanon als politischer und militärischer Kraft.

Seit einigen Monaten ist daher das eindeutige Ziel Syriens die *Entmachtung des christlichen Libanon*. In der Verfolgung dieses Ziels orientiert sich die gegenwärtige syrische Regierung nicht allein konsequent an ihren Interessen im gegenwärtigen Konfliktfeld der Auseinandersetzung um Palästina-Israel, sondern darüber hinaus an der Tradition syrischer Politik, eine unabhängige staatliche Existenz der libanesischen Republik nicht anzuerkennen. Die syrische Regierung sieht in der gegenwärtigen Situation eine große Chance, der unabhängigen staatlichen Existenz des Libanon den Garaus zu machen.

Syrien hat seit dem Ende der französischen Mandatszeit 1943 keinen Zweifel daran gelassen, daß es das Bestehen der libanesischen Republik bestenfalls auf Zeit zu tolerieren bereit ist. Zwar hat auch Syrien 1944 das Protokoll von Alexandrien unterzeichnet, das den Libanon als Mitglied der Arabischen Liga anerkennt. Keine syrische Regierung hat sich jedoch bislang bereit gefunden, mit dem Libanon normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Bis heute gibt es keinen syrischen Botschafter in Beirut und keinen libanesischen Botschafter in Damaskus.

Vor zwei Jahren erklärte der syrische Außenminister, ohne an Deutlichkeit etwas zu wünschen übrigzulassen: „Wenn der Libanon seine Einheit und Ordnung nicht wiederfindet, wird er an Syrien zurückfallen, dessen Bestandteil er immer war.“ Daß Syrien das Seine tut, um die Wiederherstellung von Einigkeit und Ordnung im Libanon zu verhindern, zeigen die Ereignisse des letzten Jahres.

Für das *syrische Nationalinteresse*, abgeleitet aus Zielen gegenwärtiger gesamtarabischer ebenso wie traditioneller großsyrischer Politik, ist eine effektive Unabhängigkeit des Libanon ein Zustand, den es zu beseitigen gilt. Haupthindernis dieses Interesses ist die faktische Macht der christlichen Volksgruppe im Libanon, die seit jeher der Hauptträger libanesischer Unabhängigkeit gewesen ist.

Aus diesen Perspektiven lassen sich die *Ziele der syrischen Politik* im Libanon wie folgt zusammenfassen:

- die Entmachtung der christlichen Volksgruppe im Libanon.
- die Unterwerfung des Libanon unter syrische Hegemonie und dadurch
- die Verhinderung des syrischen Interesses entgegengesetzten Friedens zwischen Israel und Ägypten.

## II. Der Oktoberkrieg in Beirut: Beginn eines Völkermordes?

Seit der Konferenz von Riad 1976 unterstehen die syrischen Truppen im Libanon nominell dem Oberbefehl des

libanesischen Präsidenten Sarkis. Aus diesem Grunde widersetzten sich die christlichen Milizen nicht, als syrische Truppen 1976 und 1977 strategische Positionen im zuvor von den Milizen gehaltenen Territorium und insbesondere auch im christlichen Ostbeirut bezogen. Die Milizen zogen sich in ihre Kasernen zurück; ein Teil ihrer Soldaten nahm überdies wieder zivile Tätigkeiten auf.

In zunehmendem Maße empfand die libanesische Bevölkerung jedoch die *Präsenz der syrischen Streitkräfte* als die einer Besatzungsmacht. Die syrischen Truppen beschränkten sich keineswegs darauf, die Gegner des libanesisch-palästinensischen Krieges auseinanderzuhalten – was ihre offizielle Aufgabe war. Sie suchten zunehmend die vollständige Kontrolle auch des christlichen Kerngebietes des Landes zu übernehmen. Die libanesische Presse, die freieste des Vorderen Orients, wurde der Militärzensur unterworfen. In den Straßen Ostbeiruts brachten die Syrer Bilder ihres Präsidenten und Propagandaslogans der syrischen Baas-Partei an – für die Mehrzahl der libanesischen Christen eine Provokation. Zunehmend kam es zu Reibereien zwischen den Truppen und der Zivilbevölkerung. Vor allem aber versuchten die Syrer, die *politische Einheitsfront der wichtigsten christlichen Parteien* und Organisationen aufzubrechen. Während des gesamten libanesisch-palästinensischen Krieges hatte zwischen diesen politischen Kräften – den nationalistischen „Cedern-Wächtern“, der konservativen national-liberalen Partei Chamouns, der sozial-liberalen Kataeb-Partei (libanesische Phalangen) und dem Bergbauern-Clan des ehemaligen Staatspräsidenten Frangié – eine nahezu vollständige Einigkeit bestanden. Die unstrittig wichtigste Stellung in dieser Koalition nahm die Kataeb-Partei ein. Sie besaß die stärkste und disziplinierteste Miliz; sie hatte auch die Wiederorganisation im christlichen Kerngebiet weitgehend übernommen – die effizienteste und am wenigsten korrupte Verwaltung, welche der Libanon je gekannt hatte. Diese Partei erhielt ungemein starken Zulauf, vor allem unter Angehörigen der unteren Bevölkerungsschichten, die ihre Interessen bei ihr am besten aufgehoben sahen. Im Norden des von Christen bewohnten Gebietes sah vor allem der Clan der Frangié durch die Kataeb seine traditionelle halbfeudale Vorherrschaft bedroht. Als die Kataeb die Frangié-Familie daran zu hindern begann, auf eigene Faust Abgaben von Einzelpersonen und Unternehmen zu erheben – die Koalition hatte gemeinsam zu erhebende „Kriegssteuer“ verabredet –, kam es zu Zusammenstößen. Zahlreiche Anhänger der Kataeb im Norden wurden ermordet, auf der anderen Seite ein Sohn des Expräsidenten und mehrere Mitglieder seiner Familie.

Damit bot sich für Syrien die langersehnte Gelegenheit zum Eingreifen: Frangié erbat ihre Hilfe; syrische Truppen besetzten den Norden des Gebirges. Den Milizen der Phalangen und der national-liberalen Partei verblieb lediglich ein Einflußbereich von etwa 50 km Länge und 25 km Breite – das engste Kerngebiet des christlichen Libanon –, und selbst in diesem Kerngebiet gibt es syrische Stütz-

punkte. Auch der während des Krieges mit den Palästinensern von den Kataeb neu angelegte Flughafen ist nunmehr von den Syrern besetzt.

Die *verbleibende territoriale Basis der christlichen Milizen* ist also äußerst gering: Eingekeilt zwischen Meer und Gebirge, auf dessen Höhenzügen die Syrer stehen, ist jeder Ort in der Reichweite syrischer Geschütze.

Während des Sommers 1978 verstärkte Syrien laufend seine im Libanon stationierten Truppen. Syrische Politiker artikulierten immer wieder die Forderung nach vollständiger Entwaffnung der christlichen Milizen. Deren Führer stellten als Vorbedingung die Entwaffnung der Palästinenser, welche jedoch seit Monaten bereits wieder verstärkt mit syrischer Billigung aufrüsteten und welche, im Gegensatz zu den christlichen Milizen, ihre schweren Waffen nie abgeliefert hatten.

Nunmehr rüsteten auch die christlichen Milizen wieder auf: Seitens Israels wurden sie vor allem mit panzerbrechenden Waffen ausgestattet. Trotz dieser Hilfe waren aber die militärischen Kräfteverhältnisse eindeutig: Die Milizen waren zahlen- wie waffenmäßig bestenfalls zur Verteidigung ihres verbliebenen Gebietes imstande, keinesfalls aber zu irgendeiner Offensive.

Bezeichnenderweise kam es aber erst dann zu massiven Zusammenstößen, als die *ägyptisch-israelischen Verhandlungen in Camp David* herannahten. Die syrischen Truppen bombardierten zunächst einige von Christen bewohnte Vororte von Beirut und versuchten diese anschließend zu besetzen. Dieser Versuch scheiterte am Widerstand der Milizen. Der libanesische Präsident Sarkis handelte mehrfache Waffenruhe aus; dabei wurde immer deutlicher, daß die syrischen Truppen keineswegs seinem Befehl gehorchten.

Syrischerseits wurden Provokationen durch die christlichen Milizen als Grund für die Bombardements angegeben. Zweifellos hatte es bereits seit Monaten kleinere Zwischenfälle gegeben, die zum Teil auch von den Milizen ausgelöst worden waren. Erst zum Zeitpunkt der Camp-David-Konferenz aber entschloß sich Syrien, solche Zwischenfälle als „Provokationen“ zu betrachten und sie zum Anlaß massiver Bombardierungen auf Wohnviertel zu nehmen.

Als der Versuch, christliche Viertel Ostbeiruts zu besetzen, sich als schwierig erwies, griffen die syrischen Truppen zu einem anderen Mittel, um den Widerstand der Milizen zu brechen: Sie unterwarfen Ostbeirut einer *Blockade*. Alle Zufahrtsstraßen, die Ostbeirut mit dem christlichen Hinterland verbinden, waren von syrischen Stützpunkten beherrscht: Von diesen Stützpunkten aus wurden die Zufahrtsstraßen systematisch beschossen, um jeden Verkehr zu unterbinden. Damit begann eine neue Phase der Auseinandersetzungen im Libanon: der offene libanesisch-syrische Krieg im Oktober 1978.

Im Straßenkampf zogen die Syrer den kürzeren. Panzerangriffe blieben im Feuer der Milizen stecken, die syrischen Verluste erwiesen sich als hoch. Die Antwort der syrischen Armee war: massives Terrorbombardement auf Ostbeirut mit schwerer Artillerie. Die weittragenden Ge-

schütze der syrischen Armee beschossen aus Stellungen auf den Beirut umgebenden Hügeln länger als eine Woche hindurch, Tag und Nacht ohne Unterbrechung, die christlichen Wohnviertel der Hauptstadt, darüber hinaus zahlreiche, bereits von Flüchtlingen überfüllte Orte des Hinterlandes bis hinaus in die Berge. Es dürfte sich um eines der brutalsten Artilleriebombardements von Wohngebieten in der Kriegsgeschichte handeln.

Der militärische Effekt erwies sich jedoch, wie in der Regel bei derartigen Terrorbombardements, als geringfügig. Die Milizen erlitten nur geringe Verluste, ihre Kampfkraft blieb völlig ungebrochen. Betroffen wurde in erster Linie die Zivilbevölkerung. Unter ihr gab es Hunderte von Toten und Tausende von Verletzten. Offensichtlich war das Ziel der Syrer, durch den Terror gegen die Bevölkerung die Milizen, denen sie sonst nicht beikommen konnten, zum Aufgeben zu zwingen.

Ist es gerechtfertigt, das Handeln der Syrer als Völkermord zu bezeichnen? Von der Anzahl der Toten her sicherlich – noch? – nicht. Trotz des Fehlens von Schutzkellern und Bunkern blieben die Verluste an Menschenleben, gemessen an der Schwere und Intensität der Bombardements, erstaunlich gering. Die Art und Weise des syrischen Vorgehens verdient jedoch ohne Zweifel, als *Beginn von Völkermord* qualifiziert zu werden.

Wie immer man die politische Rechtfertigung des Widerstandes der christlichen Milizen beurteilen mag – hierauf wird noch einzugehen sein –, nichts rechtfertigt ein solches Terrorbombardement gegen Wohnbezirke und zivile Bevölkerung. In der französischen Presse ist darauf hingewiesen worden, daß nicht einmal Hitlers Armeen Aktionen der Résistance damit beantwortet haben, eine halbe Stadt in Schutt und Asche zu legen. Am nächsten dürfte noch der Vergleich mit dem Terrorbombardement auf Rotterdam beim deutschen Überfall auf die Niederlande liegen – und selbst dieser Vergleich hinkt außerordentlich angesichts des syrischen Anspruches, eine „Friedenstruppe“ darzustellen.

Selbst eine außerordentlich zurückhaltende Beurteilung muß von einer *enormen Unverhältnismäßigkeit der Mittel zum vorgegebenen Zweck* ausgehen.

Die Einschätzung des syrischen Vorgehens als Beginn eines Völkermordes kann sich jedoch auf zusätzliche Fakten stützen. Die Stellungen der syrischen Artillerie sind so „günstig“, daß gezielter Beschuß ohne weiteres möglich ist – und es wurde gezielt geschossen. Die Mehrzahl der Krankenhäuser im von den Milizen gehaltenen Gebiet, nicht nur in Beirut, sondern auch im Hinterland, wurde beschossen – selbst ein exponiert außerhalb des Kampfgebietes gelegenes Spital für Geisteskranke und ein solches für behinderte Kinder. Offensichtlich gezielt zerstört wurden die Anlagen der libanesischen Elektrizitätsgesellschaft, das Industrieviertel am Rande Beiruts, ebenfalls die Wasserzufuhr für Ostbeirut. Im Beiruter Hafen sprengten syrische Soldaten das größte Getreidedepot der Stadt. Die Flucht von Zivilisten aus dem bombardierten Ostbeirut wurde systematisch mit Waffengewalt verhindert; selbst noch nach dem späteren Waffenstillstand.

Das syrische Vorgehen zielte darauf ab, die Milizen *vor die Wahl zwischen Kapitulation oder Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung zu stellen*: Völkermord wurde zweifellos eingeleitet, um militärische und politische Ziele zu erreichen. Diese Ziele sind offensichtlich: entweder sollte die endgültige Entmachtung des christlichen Libanon erreicht werden oder aber die Intervention Israels provoziert werden. Ersteres hätte Syrien völlig freie Hand im Libanon gegeben, letzteres die ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen zum Scheitern bringen müssen.

Das syrische Kalkül ging jedoch nicht auf, zumindest vorerst nicht. Das syrische Vorgehen im Beiruter Oktoberkrieg löste *weltweite Empörung* aus, selbst bei Staaten und politischen Kräften, die den christlichen Milizen wenig oder keine Sympathie entgegenbringen. Die Westmächte fürchteten um den Fortschritt der ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen, die Sowjetunion die Risiken einer offenen israelisch-syrischen Konfrontation, der Sicherheitsrat rief zur Feuereinstellung auf. Der internationale Druck, vor allem aber auch eine nüchterne Einschätzung der Lage im Libanon selbst, dürfte Syrien dazu bewegt haben, dieser Aufforderung nachzukommen.

Das Terrorbombardement hatte nicht nur die Kampfkraft der Milizen ungeschwächt gelassen; und es hatte auch die christliche Bevölkerung im belagerten Gebiet zu einer Solidarisierung mit den Milizen gebracht, wie es sie in diesem Umfang zuvor kaum gegeben hatte. Da sie sich von physischer Vernichtung bedroht fühlt, entstand bei ihr ein verzweifelter Widerstandswille. Besucher des christlichen Gebietes sprechen von einer „Massada-Stimmung“ – der Bereitschaft, wie einst die letzten jüdischen Truppen im Kampf gegen die Römer, notfalls bis zu einem bitteren Ende weiterzukämpfen.

Unter diesen Umständen möchte es Syrien zunächst klüger erscheinen, einem *Waffenstillstand* zuzustimmen. Die Vermutung liegt nahe, daß im schwer zerstörten Gebiet unter der Kontrolle der Milizen der Widerstandswille auch ohne weiteren militärischen Druck schweren Belastungsproben ausgesetzt sein wird: Die Wirtschaftslage ist katastrophal, die Versorgung prekär, die Unterbringung von Zehntausenden von Obdachlosen wird im Winter – der vor allem im Gebirge hart sein kann – enorme Schwierigkeiten aufwerfen. Es ist nicht auszuschließen, daß diese Belastungen die politische Führung der christlichen Milizen und deren Einigkeit auf eine härtere Probe stellen werden als der bewaffnete Kampf.

Eine Konferenz der arabischen Mächte, die seinerzeit die arabische „Friedenstruppe“ für den Libanon konstituiert hatten, trat in Beit-Eddine im Süden des libanesischen Gebirges zusammen und bestärkte die innerarabische Position Syriens. Das Mandat der Interventionstruppen wurde verlängert – und damit das syrische Verbleiben im Libanon gebilligt. Präsident Sarkis, der von dieser Konferenz ein stärkeres Engagement saudischer und sudanesischer anstelle syrischer Truppen erhofft hatte, konnte nur einige kleinere Konzessionen erlangen: Die syrischen Einheiten

in Ostbeirut und an der Frontlinie wurden durch saudische und libanesische Soldaten ersetzt, so daß die unmittelbare Gefahr von bewaffneten Zusammenstößen vermindert wurde. Die syrische Armee bleibt aber weiterhin in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt präsent – vor allem behält sie ihre Artilleriepositionen im Gebirge bei.

Die politischen Positionen bleiben weiterhin unversöhnlich und gegensätzlich. Die Konferenz von Beit-Eddine erneuerte den Auftrag an Syrien, „alle Milizen zu entwaffnen“, die christlichen Milizen beharren aber auf ihrer Forderung nach Abzug der Syrer und ihrer Ersetzung durch Truppen der Vereinten Nationen. Es herrscht ein prekärer Waffenstillstand. Syrien kann aber jederzeit die Kämpfe wieder beginnen.

Der Beiruter Oktoberkrieg war ein syrisch-libanesischer Krieg. Er ist unterbrochen, nicht beigelegt. Krieg wie Waffenstillstand haben deutlich werden lassen, was zur Zeit im Libanon auf dem Spiel steht: Die Unabhängigkeit der libanesischen christlichen Volksgruppe und Chancen für Frieden im Vorderen Orient. Diese Gefährdungen sollen im folgenden knapp umrissen werden.

### III. Unabhängigkeit und Existenz des Libanon in Gefahr

Wie sehr das unabhängige Weiterbestehen einer Libanesischen Republik gefährdet ist, wird besonders an der prekären Position des Staatspräsidenten Sarkis deutlich. Mitten im palästinensischen-libanesischen Krieg von einer großen Mehrheit des libanesischen Parlamentes ordnungsgemäß gewählt, verfügt er über kein Machtmittel, um seine Amtsgewalt auszuüben. Zum Oberbefehlshaber der arabischen Interventionsmacht bestellt, hat er offensichtlich kaum Einfluß auf das, was diese Truppen tun. Von den Führern der christlichen Milizen als „Pétain“ und „Quisling“ eingestuft, ist er der libanesischen und palästinensischen Linken der Kollaboration mit den christlichen „Separatisten“ verdächtig.

Syrien, das seine Wahl betrieben hatte, behandelt ihn herablassend. Im September und Oktober war Präsident Assad für Sarkis wochenlang nicht zu sprechen; zeitweilig schnitten ihm die syrischen Truppen die Telefonverbindung ab.

In seinem Namen wurde Ostbeirut bombardiert – Assad wies genüßlich darauf hin, daß Sarkis ja der Oberbefehlshaber sei, die syrischen Truppen „aber nicht immer sehr zweckmäßig einsetze“ –, während er sich verzweifelt um eine Feueinstellung bemühte. Eine ausgewogenere Zusammensetzung der arabischen Truppen – d.h. einen Teilabzug der Syrer, konnte er nicht erreichen. Der von ihm betriebene Wiederaufbau der libanesischen Armee scheiterte bislang an den Versuchen der Syrer, diese Armee Offizieren ihres Vertrauens zu unterstellen – ein Versuch, dem sich die aus libanesischen Patrioten bestehende, von Sarkis ernannte Armeeführung entgegenstemmt.

Die Syrer zum Abzug aufzufordern, konnte er sich bislang nicht entschließen, sei es aus der Überzeugung, eine solche

Aufforderung werde ohnehin nicht befolgt, sei es aus Angst, die Syrer könnten sich zwar zurückziehen, ihre Positionen und Waffen aber den ihnen nächststehenden Palästinensereinheiten überlassen. Die Führer der christlichen Milizen fordern ihn zum Rücktritt auf. Im Sommer 1978 hat er einmal in der Tat mit seinem Rücktritt gedroht, um die Syrer zum Einlenken zu bewegen – um dann doch zu bleiben, wohl in der Überzeugung, in seiner Person liege die letzte Chance, die Legitimität der Libanesischen Republik aufrechtzuerhalten.

Als Syrien seine Wahl zum Präsidenten betrieb, hoffte es wohl, in ihm den willfährigen Administrator eines Satellitenstaates zu finden. Daß Sarkis heute noch einen geringen Spielraum besitzt, dies nicht zu sein, verdankt er paradoxerweise den politischen Kräften, die sich den Syrern widersetzen, nämlich den christlichen Milizen.

### IV. Die gleichberechtigte Existenz der christlichen Volksgruppe in Gefahr

Wofür kämpfen diese Milizen? Trifft es zu, was der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Claß, auf der fünften Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands erklärte: „Das Christentum wurde wieder einmal für einen Kampf in Anspruch genommen, in dem es um die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen geht“? (FAZ, 6. 11. 78). Diese Deutung scheint auf unvollständigen und irrigen Informationen zu beruhen – von denen freilich ein Großteil der westlichen Massenmedien täglich gefüllt ist.

Die reichen Libanesen, Muslime wie Christen, die wirtschaftliche Privilegien zu verteidigen haben, findet man bereits seit geraumer Zeit eher in Genf, Paris oder London, wo sie ihren Geschäften nachgehen, nicht aber im umkämpften Beirut. Was die kämpfenden Milizen motiviert, läßt sich eher aus anderen Feststellungen Bischof Claß' ableiten: Die Christenheit im Nahen Osten sei von Auszehrung bedroht ... Die Gründe dafür seien Benachteiligungen im täglichen Leben, der Druck eines wiedererstarkenden Islam und die kriegerischen Auseinandersetzungen und auch die Anreize zur Auswanderung in den Westen. „Es kann den Kirchen nicht gleichgültig sein, wenn es in absehbarer Zukunft bei einer anhaltenden Abwanderung im Nahen Osten keine christlichen Kirchen mehr gibt.“

Den libanesischen Christen ist dies ebenfalls nicht gleichgültig. Etwas überspitzt formuliert: Sie kämpfen, um nicht in die Lage der Christen in den anderen Staaten des Vorderen Orients zu geraten, welche von Bischof Claß vorzüglich umrissen wurde. Die Christen des Libanon besaßen bis zum Beginn des Krieges 1975 vor allem ein „Privileg“: Sie waren als einzige christliche Gruppe im Orient nicht Staatsbürger zweiter Klasse.

Im Libanon gibt es keine Staatsreligion – in den meisten arabischen Staaten ist es der Islam. Im Libanon kann jede Personengruppe nach ihrem eigenen Personenstandsrecht leben – die christlichen Gemeinschaften wählten den Code Civil –, in den anderen Staaten gibt es am Koranrecht orientierte Ehe- und Erbschaftsgesetze. In Ägypten drängen

starke konservativ-islamische Kräfte auf die Wiedereinführung der Todesstrafe für den Abfall vom Islam. Tausende von Kopten, vor allem aus ärmeren Schichten, nehmen jährlich den Islam an, um Diskriminierungen im Berufsleben zu vermeiden. In die Lage der Kopten – oder christliche Minderheiten in anderen arabischen Staaten – zu geraten, ständig vom mehr oder weniger guten Willen anderer abzuhängen, das fürchten die christlichen Libanesen. Sie wollen einer „Koptisierung“ ihrer Volksgruppe entgehen.

Das alte *politische System des Libanon* hatte durchaus eine Anzahl von Schwächen, die bereits früher in dieser Zeitschrift analysiert worden sind. Es gab ein leichtes politisches Übergewicht der Christen im Parlament und in den wichtigsten Staatsfunktionen. Dennoch: keine wichtige Entscheidung konnte gegen den Willen der Repräsentanten des libanesischen Islam getroffen werden – die libanesisch-konkordanzdemokratie beruhte auf ständig neu ausgehandelten Kompromissen zwischen den Volks- und Religionsgruppen. Muslime im Libanon waren keine Staatsbürger zweiter Klasse.

Es gab gewichtigere Schwächen des sozialen Systems: Bildung und Wohlstand waren ungleich auf die Religionsgemeinschaften verteilt. Die *Christen* stellten die Mehrheit der Mittelschichten, die *Muslime* waren sozial in eine kleine reiche Oberschicht und weit weniger wohlhabende Massen gespalten. Im libanesischen *laissez-faire*-Wirtschaftssystem fehlte es an einer korrigierenden Sozial- und Gesellschaftspolitik. Diese Versäumnisse sind aber muslimischen ebenso wie christlichen Politikern anzulasten. Bei allen sozialen Spannungen erfreuten sich auch die weniger begüterten Libanesen eines, gemessen an den Nachbarländern, merklich höheren Lebensstandards. Vor Kriegsausbruch gab die libanesisch-wirtschaft fast einer halben Million syrischer Gastarbeiter Arbeitsplätze.

Der Libanon der Vorkriegszeit bot allen seinen Religionsgemeinschaften und allen Bürgern schließlich eine politische Freiheit wie kein anderes Land des arabischen Orients.

Politische und soziale Ungleichgewichte gab es, sie schwächten zweifellos die libanesisch-konkordanzdemokratie, sie ermöglichten durch diese Schwächung den Ausbruch des Libanonkrieges – aber sie waren keineswegs seine Ursache. Ursache des Krieges war der Versuch palästinensischer Organisationen, den Libanon gegen den Willen der meisten Libanesen zum Konfrontationsland mit Israel zu machen. Der libanesisch-staat war zu schwach, sich diesem Versuch erfolgreich zu widersetzen, wer sich widersetzte, waren die zur Selbstverteidigung geschaffenen Milizen der christlichen Volksgruppe.

Christen im Libanon sind nicht nur eine Religionsgemeinschaft, sondern Volksgruppen mit jahrhundertlangem Identitätsbewußtsein. Dies gilt vor allem für die größte unter ihnen, die *Maroniten*. Seit dem vierten Jahrhundert, also lange vor dem Entstehen des Islam, im Libanongebirge ansässig, waren sie über mehr als ein Jahrtausend die einzige christliche Gruppe im Orient, die ihre politische

Autonomie behaupten konnte. Schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erlangten sie innerhalb des Osmanischen Reiches eine internationale Anerkennung dieser Autonomie. Als die französische Mandatsmacht nach dem ersten Weltkrieg die heutige libanesisch-republik schuf und als 1943 diese Republik die Unabhängigkeit erlangte, wurde die maronitische Gemeinschaft, Kirche und Volksgruppe in einem, von ihrem Selbstverständnis her die tragende Gruppe dieses Staates, dessen Macht sie jedoch mit den anderen Religionsgemeinschaften teilte. Sie fühlte sich dem Libanon und seiner unabhängigen Existenz aber in besonderem Maße verbunden.

Einen exklusiv christlichen Libanon zu schaffen, eine Art christliches Israel, wie 1943 einige Politiker erwogen, hat die Mehrheit der Maroniten und der anderen christlichen Gemeinschaften stets abgelehnt: sie wollen einen Libanon vieler gleichberechtigter Religionsgemeinschaften. Ein Aufgehen in einem größeren arabisch-islamischen Staat, sei es ein Großsyrien, sei es eine Vereinigte Arabische Republik, wurde aber von den Maroniten und allen anderen christlichen Gemeinschaften stets abgelehnt.

Kurz: Die christliche Volksgruppe im Libanon lehnt es ab, das Schicksal christlicher Minderheiten in anderen arabischen Staaten auf sich zu nehmen. Sie will den Libanon als jahrhundertealte Freistätte freier Minderheiten, der „Nonkonformisten aller Zeiten und Religionen“ erhalten. Dafür kämpfen seit drei Jahren die Milizen dieser Volksgruppe, zunächst gegen die Palästinenser, jetzt gegen die Syrer.

Von wirtschaftlichen Privilegien kann nach nunmehr vier Kriegsjahren schon lange nicht mehr die Rede sein; die Milizen rekrutieren sich überwiegend aus der ärmeren christlichen Bevölkerung. Ökonomisch wäre ihr Kampf schon seit langem sinnlos. Sie kämpfen nicht um Privilegien und nicht um Vorherrschaft – im Libanon war die Macht immer zwischen verschiedenen Gruppen geteilt –, sondern schlicht um ihr Überleben als eine freie und sich selbst bestimmende Volksgruppe.

Es ist das Bewußtsein, daß diese freie Existenz der Volksgruppe auf dem Spiel steht, welches dem libanesischen Widerstand eine Härte und Stärke verleiht, die kaum ein Beobachter diesem „Händlervolk“ zugetraut hätte – das Bewußtsein, daß ein „Massada“ einer „Koptisierung“ vorzuziehen ist.

## V. Die Chancen für Frieden im Orient in Gefahr

Palästinenser zunächst, Syrer sodann haben den Widerstandswillen der christlichen Volksgruppe unterschätzt – und ebenso die westlichen Staaten. Vieles deutet darauf hin, daß die libanesischen Christen dem Westen lästig geworden sind. Amerikanische Diplomaten zeigen sich *fasziniert von der Perspektive einer Pax Syriaca im Libanon*: Sie hoffen, Syrien könne eher zu einem Frieden mit Israel bewegt werden, wenn man ihm im Libanon freie Hand ließe: unter syrischer Hegemonie könne das lästige Pro-

blem der Palästinaflüchtlinge auf libanesischen Kosten gelöst werden. Der französische Außenminister bezichtigt die politischen Führer der Christen der Kompromißlosigkeit – als ob den Christen, die buchstäblich mit dem Rücken am Meer stehen, noch Raum für Kompromisse bliebe, es sei denn, man betrachte Kapitulation als einen Kompromiß. Die deutsche Regierung zögert, Entwicklungshilfe an Syrien auch nur zu suspendieren, während Syriens Armee Beirut beschießt.

Das Kalkül der Pax Syriaca könnte sich jedoch in mehrfacher Hinsicht als falsch erweisen. Niemand kann dafür garantieren, daß Syrien nach einer erfolgreichen militärischen „Endlösung Maronitenfrage“ sich saturiert zeigen würde; es könnte vielmehr versucht sein, seinen Verhandlungswert gegenüber Israel dadurch zu steigern, von libanesischem Territorium aus palästinensische Aktionen gegen Israel erneut zu veranlassen. Ebenfalls kann niemand dafür garantieren, daß Israel – wenn einmal der Friedensvertrag mit Ägypten unterzeichnet ist – einer Vernichtung der christlichen Milizen im Libanon tatenlos zuschauen würde. In beiden Fällen wäre eine unmittelbare Gefahr

größerer militärischer Konflikte über den Libanon hinaus gegeben.

Jedoch auch dann, wenn die *Saturierungshypothese* zuträfe – Syrien unterwirft sich den Libanon und gibt sich damit zufrieden –, wären längerfristig höchst problematische Auswirkungen zu befürchten. Es ist kaum anzunehmen, daß eine „Opferung“ der christlichen Volksgruppe durch den Westen Israel ermuntern würde, sich auf westliche Garantien zu verlassen und daher Konzessionen im Westjordanland zu machen – solche Konzessionen aber sind Voraussetzungen für jede dauerhafte Friedenslösung zwischen Israel und der ostarabischen Welt. Wie auch immer: Eine Pax syriaca im Libanon birgt *kaum kalkulierbare Risiken für dauerhaften Frieden im Vorderen Orient*. Vielmehr spricht alles dafür, daß die westlichen Staaten sich im Interesse eines solchen Friedens und damit im eigenen Interesse weit intensiver als bisher für eine Lösung einsetzen sollten, die Bestand und Freiheit der libanesischen Republik und all ihrer Volks- und Religionsgruppen sichert, für eine Pax libana.

Theodor Hanf

## Kurzinformationen

Am 17./18. November fand in Bad Godesberg die diesjährige Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken statt. Die Vollversammlung hatte ein sehr dichtes Programm, mit dem sie nur begrenzt zu Rande kam. Im Mittelpunkt standen Beratungen über eine Stellungnahme „In der Kirche zu Hause, offen für die Gesellschaft. Zum Profil der katholischen Verbände“. Der von der Kommission VIII (Pastorale Grundfragen) vorgelegte und vom Kommissionsvorsitzenden Professor Karl Forster erläuterte Entwurf ist, wenn man so will, eine Fortschreibung der früheren Studie der gleichen Kommission über „Religiös ohne Kirche?“ (vgl. HK, Juni 1977, 280) für den Bereich der Verbände. Zwei Anliegen charakterisieren das Papier: das kirchliche Profil der Verbände eindeutiger zu zeichnen und ihre gesellschaftliche Wirksamkeit entschiedener zu profilieren. Der Entwurf wurde nach mehrstündiger Diskussion und mehreren Veränderungen in den Details, die jedoch nicht die Substanz betrafen, verabschiedet. (Wir werden dieses Dokument im nächsten Heft gesondert dokumentieren.) Wegen der Zeit, die für das Verbände-Papier verwandt werden mußte, kam eine zweite Vorlage – sie kam von der Kommission I (Politik, Verfassung, Recht) über die „Begründbarkeit von Gewissensentscheidungen“, ein Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion um die Reform des Prüfungsverfahrens bei Wehrdienstverweigerern – nicht mehr zum Zug und mußte dem Geschäftsführenden Ausschuß überwiesen werden.

Einen interessanten Hinweis gab es gegen den Schluß der Vollversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende, Walter Bayerlein, brachte den Antrag ein, bei der nächsten Vollversammlung über die nachsynodale Entwicklung und die bisherige Arbeit der „Gemeinsamen Kommission“ zwischen ZdK und Bischofskonferenz zu diskutieren. Dem Freiburger Katholikentag war ein kurzes

Referat von Generalsekretär Friedrich Kronenberg gewidmet. Es mündete in der Feststellung, der Freiburger Katholikentag habe das Erlebnis der Gemeinschaft der Kirche in neuer Weise entdeckt. Er sei eine deutliche Absage an die permissive Gesellschaft gewesen. Unüberhörbar war das Fragen nach verbindlichen Formen christlichen Lebens. Gerade die jungen Menschen hätten nach den Verbindlichkeiten christlichen Lebens und christlicher Gemeinschaft gefragt. Diese Frage werde den Katholikentag in Berlin 1980 begleiten. Bischof Klaus Hemmerle gab unter dem Arbeitstitel „Eucharistie und Weltverantwortung“ eine kurze Einführung in die geplante Thematik dieses Katholikentags, und die Vollversammlung beschloß bereits die Orte für die unmittelbar darauf folgenden zwei Katholikentage (1982 und 1984): 1982 Düsseldorf, 1984 München. In seinem „Bericht zur Lage“ zu Beginn der Vollversammlung, in dem wichtige welt- und regionalkirchliche Ereignisse der letzten Zeit („Drei-Papste-Jahr“, Deutschlandbesuch der polnischen Kardinäle) gestreift wurden, ging der Präsident, Staatsminister Hans Maier, auch auf die Libanonkrise (vgl. ds. Heft, S. 635 ff.) und auf die Not der Indochinaflüchtlinge ein. Im Blick auf die Reichskristallnacht stellte Hans Maier fest: „Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß auch in unserem Land und in einer nachgeborenen Generation die totalitäre Versuchung aufkommen kann, daß Menschen mit den Zielen und Methoden des Zwangsstaats liebäugeln und weder aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte noch aus den offenkundigen Zeugnissen der Gegenwart zu lernen bereit sind.“ Im Bericht des Präsidenten wie in der anschließenden Diskussion spielte der Entwurf der Bundesregierung zur Reform des *elterlichen Sorgerechts* und des *Jugendhilfe-rechts* eine besondere Rolle. Kritisiert wurde ein individualistischer Grundzug in diesen Gesetzgebungsprojekten. Es sei, so